

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
X. Dahlen u. Verwaltung: Drag II, Koflanova 16 • Prága, 1. 26795, 31499, Nachtreibst. (ab 21 Uhr): 33555 • Dollbedienst: 37544

12. Jahrgang.

Freitag, 25. November 1932

Nr. 278.

Hitlers Mission gescheitert!

Hindenburg will keine Parteidiktatur.

Berlin, 24. November. (Wolff.) In seinem gestrigen Schreiben hat Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen, und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Reichspräsident ihm ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung vertrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag in seinem heute nachmittag überreichten Antwortschreiben abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten muß, daß ein von Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, der Reichspräsident vor seinem End und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Da Hitler zum lebhaften Bedauern Hindenburgs in den bisherigen Besprechungen jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neu zu bildenden Regierung mit aller Entschiedenheit abgelehnt habe, verspreche sich Hindenburg von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Hindenburgs Tür stehe aber jederzeit für Hitler offen, und er werde immer bereit sein, Hitlers Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören. Hindenburg gebe die Hoffnung nicht auf, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Hitler und seine Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.

Hitler hat den Brief des Staatssekretärs Dr. Reigner, der ihm die Ablehnung mitteilte, umgehend mit einem zwei Seiten langen Schreiben beantwortet.

Zentrumsführer Kaas an der Reihe.

Am nachmittag hat der Reichspräsident den Führer des Zentrums, Prälaten Kaas zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstage empfangen. Die Besprechung wird morgen nachmittags fortgesetzt werden. Die anderen Parteiführer Hugenberg, Dingeldey und Schäffer sind nicht von Hindenburg persönlich, sondern zu seiner Entlassung vom Staatssekretär Reigner über den neuesten Stand der Dinge unterrichtet worden.

Daß die Besprechungen mit dem Prälaten Kaas morgen fortgesetzt werden sollen, läßt darauf schließen, daß Hindenburg den Prälaten als den Führer der zweitgrößten Reichstagspartei gestraft hat, ob er eine Möglichkeit für eine Mehrheitsbildung unter Führung des Zentrums sehen. Prälat Kaas hat diese Frage

nicht abfolut verneint, sondern wird sich wahrscheinlich mit seinen Parteifreunden, und auch mit den übrigen in Frage kommenden Parteiführern in Verbindung setzen, um festzustellen, ob nicht doch vielleicht von dieser Seite her eine Mehrheitsbildung möglich sei. In führenden Zentrumskreisen wird bedauert, daß Hitler die sachlichen Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung nicht ausgeschöpft habe; diese Aufgabe falle nunmehr Kaas zu.

Allerdings werden die Aussichten einer Mehrheitsbildung durch das Zentrum in politischen Kreisen keineswegs sehr hoffnungsvoll beurteilt. Wenn diese Bemühungen negativ ausfallen, rechnet man in diesen Kreisen mit der Wiederkehr eines ungebildeten Kabinetts unter Führung des bisherigen Reichstanzlers von Papen.

Der schriftliche Meinungsaustrausch.

Am Abend wurde der gesamte Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler bekanntgegeben. Die Bedingungen, die Hindenburg am Samstag in der persönlichen Aussprache an die Vertrauensleute Hitlers mit der Kabinetts- und Mehrheitsbildung gestellt hat, sind bereits bekannt. Sie betreffen die Bestätigung des Reichstages und des Aufnahmestimmums durch Hindenburg selbst, die Festlegung eines Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus Reich-Breschen und keine Einschränkung des Artikels 48.

Die Aufgabe Hitlers von Montag konzentrierte in einer Reihe von Punkten ihm unauflösbar erscheinende Widersprüche. Hitler wollte wissen, ob Hindenburg ein Präsidialkabinett unter Sicherung der parlamentarischen Intervention oder ein parlamentarisches Kabinett haben wolle. In letzterem Falle könnten die oben erwähnten Bedingungen ihrem ganzen Wesen nach doch nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit auch nur von ihr versprochen werden.

Reigner antwortete darauf am Dienstag, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Reichspräsidenten sein könne; ein solches Kabinett müsse aber parteiell geführt und zusammengefaßt sein und auch ein überparteiliches Programm verfolgen, das vom Reichspräsidenten genehmigt sein müsse, während er auf dem Programm einer Mehrheitsregierung nur ein geringes Maß und nur mittelbar Einfluß habe. Ein Parteiführer könne also nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein. Bei dem Auftrag Hindenburgs könne es sich also nur um ein parlamentarisches Kabinett handeln. Die von Hindenburg eingegangenen mitgeteilten Voraussetzungen ständen damit nicht in Widerspruch.

Hitlers letzte Gegenäußerung von Mittwoch betont, daß auch ein Präsidialkabinett die nachträgliche Billigung einer parlamentarischen Mehrheit benötige; der Führer eines solchen Kabinetts brauche also auch das Vertrauen der Reichstagsmehrheit eben so sehr, wie das des Präsidenten. Ihm (Hit-

ler) werde es am ehesten gelingen, eine Katastrophe zu vermeiden, weil seine Partei allein zwei Drittel der notwendigen Mehrheit stellen könne. Das Verlangen Hindenburgs, über Außen- und Reichswirtschaftsministerien persönlich zu entscheiden, sei mit der Verfassung nicht zu vereinbaren; auch die sachlichen Forderungen ständen dem Reichspräsidenten nicht in dem Ausmaße zu. Derartige Forderungen seien noch keinem Kabinett in diesem Umfange auferlegt worden. Hitler sei infolgedessen zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Auftrag infolge eines inneren Widerspruchs undurchführbar sei, weshalb er ihn zurücklege.

Hitlers bekannter Gegenvorschlag sieht seine Bestätigung zum Reichstanzler mit dem Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen, und mit den nötigen Vollmachten vor, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichstanzlern nicht verweigert worden sind. Er verspricht dafür, sich unter vollem Einfluß seiner Person und seiner Bewegung für die Rettung des Vaterlandes anzupferen und binnen 24 Stunden eine Ministerliste mit Schleicher und Neurath in ihren bisherigen Kabinetten und binnen 48 Stunden ein kurzes Regierungsprogramm vorzulegen.

Auf die heutige Absage, die eingangs wiedergegeben ist, antwortete Hitler nochmals. Er habe die parlamentarische Mehrheitsbildung nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als aussichtslos bezeichnet. Sein letzter Vorschlag sei nicht auf ein Präsidialkabinett hinausgelaufen; er habe immer die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen geschäftlichen Voraussetzungen arbeiten zu wollen. Ebenso wenig habe er eine Parteidiktatur verlangt. Es sei daher auch nicht nötig, ihn erst zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften gewinnen zu wollen; er habe schon in diesem Sommer in dieser Richtung alles nur Mögliche getan.

Es geht ihnen ein Licht auf!

In einer Pressebesprechung erörterte Göring als politischer Beauftragter Hitlers den Standpunkt der Nationalsozialisten zu der neuesten Situation. Er verwies darauf, daß vor der letzten Reichstagsauflösung sich bessere Aussichten für eine Mehrheitsbildung ergeben hätten als jetzt. Damals sei ein derartiger Auftrag nicht erteilt worden, während Hindenburg jetzt die Mehrheitsbildung verlangt habe. Daraus ergebe sich die Frage, wie weit wirklich die ernste Absicht bestanden habe, ein parlamentarisches Kabinett zu bilden, oder ob es nicht darauf angekommen sei, die Unmöglichkeit der parlamentarischen Mehrheitsbildung festzustellen, um damit den Grund für die Erklärung eines Notstandes und die Neubildung eines Präsidialkabinetts zu haben. Hindenburg habe durchblicken lassen, daß das persönliche Vertrauensverhältnis zu Hitler nicht gegeben sei. Die Tür sei allerdings noch nicht völlig zugeschlagen. Jedes andere Kabinett werde aber von der NSDAP ebenso scharf bekämpft werden wie das Kabinett von Papen.

Aussprache Hitler-Hugenberg.

Berlin, 24. November. Die Pressestelle der NSDAP teilt mit: Nach vielen Monaten hat neben Besprechungen mit den Führern anderer Parteien heute auch wieder eine Besprechung Adolf Hitlers mit den Führern der deutschen nationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, stattgefunden.

Was geschieht hier?

Dresden, 23. November. In Dresden und Freital hat Hitler einen Teil der SA und SS mobilisiert. In der Nacht zum Mittwoch sind größere Trupps feindlichmächtig gepaßt vom Dresdener Hauptbahnhof nach Berlin abgegangen.

Kürzungs des schwedischen Militärbudgets.

Stockholm, 23. November. (Eig. Drahtb.) Die sozialdemokratische Regierung hat eine Kürzung des Militärbudgets für das Jahr 1933 um 20 Millionen Kronen beschlossen und die einzelnen Militärverwaltungen aufgefordert, ihre Voranschläge dementsprechend herabzusetzen. Die Posten für das Heer sollen um 11,5 Millionen Kronen, für die Marine um 8 und für das Kriegswesen um eine Million Kronen vermindert werden. Außerdem soll im nächsten Jahr die Rekrutierung stark eingeschränkt werden.

Die Kürzung des Militäretats hat in der gesamten bürgerlichen Presse Schwedens einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

Die Absagen überreicht.

Washington, 24. November. (Reuter.) Staatssekretär Stimson hat den Botschaftern Frankreichs und Großbritanniens die Antwort auf die französische Note in Angelegenheit der Kriegsschulden übergeben. Die Antwort an Belgien, die Tschechoslowakei und Polen ist noch nicht erfolgt.

England gibt die Hoffnung nicht auf.

Amerika doch noch zu überzeugen.
London, 24. November. (Reuter.) Morgen wird der Kabinettsausschuß zusammentreten, um die amerikanische Note zu studieren. Es ist klar, daß die britischen Minister bisher die Hoffnung nicht aufgegeben haben, daß es ihnen gelingen wird, die Regierung der Vereinigten Staaten zu überzeugen, daß alle weiteren Zahlungen aus dem Titel der Kriegsschulden heute einen katastrophalen Eingriff in den Weltmarkt bedeuten würden.

Und wo bleiben wir?

Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Ungarn abgeschlossen!

Eine der die Völker am meisten schädigende Erscheinungen in der Entwicklung der Weltwirtschaft ist die, daß in den letzten Jahren die handelspolitischen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern immer mehr und mehr zerrissen worden sind. Noch bevor die katastrophale Krise der Weltwirtschaft über uns hereinbrach, haben die Staaten die Zollmauern immer höher und höher aufgetürmt, so daß der Austausch von Waren zwischen den einzelnen Ländern auf immer größere Schwierigkeiten stieß. Seitdem aber die Weltwirtschaftskrise zur Bedrohung der Währungsgeführt hat, wird die Einfuhr der Staaten, welche ja die Ausfuhr der andern ist, noch mehr eingeschränkt, weil man für die einführenden Güter nur eine beschränkte Menge Devisen zur Verfügung stellt. So sind die seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten nach und nach aufgebauten internationalen Wirtschaftsbeziehungen zum großen Teil zerrissen, und damit die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, welche die Grundlage des Kulturfortschrittes in den letzten Jahrhunderten gewesen ist, zum großen Teile aufgehoben worden.

Diese Wirkungen der handelspolitischen Zerrissenheit spürt auch die Tschechoslowakei. Nicht nur die Krise im allgemeinen, sondern insbesondere die Absperrungspolitik, die gegenüber den anderen Staaten getrieben wird, wird dazu führen, daß wir im heutigen Jahre (wenn man die ersten zehn Monate des Jahres 1932 zur Grundlage nimmt), eine Einfuhr von etwa acht Milliarden und eine Ausfuhr von bestenfalls siebenhundert Millionen K aufweisen werden, während wir im letzten Konjunkturfahre 1929 für 20 Milliarden eingeführt und für zwanzigehalb Milliarden K Waren ausgeführt haben. Unsere Einfuhr ist also auf 40 Prozent, unsere Ausfuhr auf 35 Prozent ihres Standes von 1929 zurückgegangen.

Wenn an diesem katastrophalen Rückgang unserer Ausfuhr, der Zehntausende von Arbeitern in unserer Exportindustrie arbeitslos macht, einzig und allein die Weltwirtschaftskrise schuld wäre, könnte man noch die Gleichgültigkeit verstehen, mit der gewisse Kreise diesem Zusammenbruch unserer Ausfuhr zuschauen. Es geschieht aber leider nicht das geringste, um unsere handelspolitischen Verhältnisse zu anderen Staaten — wir greifen nur ein Beispiel, Ungarn, heraus, — zu verbessern. Unsere Ausfuhr nach Ungarn betrug noch im Jahre 1928 1468 Millionen und im Jahre 1929 1306 Millionen, 1930 1004 Millionen und ist dann nach Kündigung des Vertrages mit Ungarn im Jahre 1931 auf 289 Millionen K gesunken! Während unsere Ausfuhr nach Ungarn früher etwa acht Prozent unserer Gesamtexporte ausmachte, war sie im letzten Jahre auf nur wenig über zwei Prozent gesunken. Da wird uns zwar erzählt, daß man sich bemüht, mit Ungarn einen Vertrag zustande zu bringen, aber in Wirklichkeit geschieht nichts. Dafür sind aber die anderen sehr rührig. Die Ungarn haben vor kurzem in Rom über Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen mit Italien verhandelt, sie werden demnächst mit Berlin verhandeln und sie haben bereits mit Oesterreich einen Vertrag abgeschlossen, der am 1. Jänner in Kraft treten wird. Danach soll sich Oesterreichs Ausfuhr nach Ungarn zur Ausfuhr Ungarns nach Oesterreich wie 1:1,5 verhalten. Oesterreich wird Holz exportieren wofür Ungarn Rinder nach Oesterreich ausführen wird. Oesterreich wird nach Ungarn Zellulose und Papier ausführen, wofür Ungarn Oesterreich Wehl liefern wird. Der Holz- und Papierexport Oester-

Keine wesentlichen Änderungen in der tschechoslowakischen Wirtschaft.

Der Bankrat der Tschechoslowakischen Nationalbank hielt am 24. d. M. seine ordentliche Monatsversammlung ab. Dem vorgebrachten Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

Die Weltwirtschaftslage erfährt im verfloßenen Zeitabschnitt keine großen Änderungen. Es wurden zwar

einige den abnehmenden Druck der Weltdepression bezugende Anzeichen

wahrgenommen, hauptsächlich in einigen Territorien, sie nahmen aber bisher nicht den Charakter einer einseitigen Tendenz an. Auch weiterhin werden die Hoffnungen an die internationale Wirtschaftskonferenz geknüpft, deren Möglichkeiten jetzt schon in den weitestgehenden Teilen ihres Programms greifbarere Formen annehmen, was besonders vom Standpunkt der noch nicht ihrer Lösung zugeführten grundsätzlichen Fragen auf dem Gebiete der internationalen Finanzen von Bedeutung ist, hauptsächlich die Regelung der internationalen Schulden und die Rückkehr zur Währungsstabilität betreffen.

Der Preisrückgang der Weltrohstoffmärkte zeigte keine weiteren Fortschritte, bei Metallen wurde in der letzten Zeit eine Befestigung der Notierungen beobachtet.

Der Außenhandel einiger größeren Staaten

reichs nach Ungarn wird vor allem auf unsere Kosten gehen und es ist zweifellos, daß der abgeschlossene Vertrag einen Erfolg der österreichischen Handelspolitik bedeutet. Ebenso groß wie Oesterreichs Erfolg ist der Mißerfolg der Tschechoslowakei und wie ein blutiger Hohn auf die tschechoslowakische Handelspolitik klingt es, wenn die „Neue Freie Presse“ den Abschluß des österreichisch-ungarischen Vertrages mit den Worten begleitet: „Die Zeit der Verwirrung gehört also der Vergangenheit an und der beschämende Wechsel zwischen vertragslosem Zustand und kurzfristigem Provisorium hört ein für alle Male auf.“ Bei uns gehört die Zeit der Verwirrung leider noch nicht der Vergangenheit an. Bei uns rührt sich nichts, um die handelspolitischen Beziehungen mit den Staaten, welche unsere Industrieerzeugnisse abnehmen, wieder aufzunehmen. Schuld daran sind die Agrarier, die auf keinen Fall Nahrungsmittel ins Land lassen wollen — und wenn dabei die ganze Industrie zugrunde gehen sollte. Dem dann die Herren Agrarier ihre Produkte verkaufen werden, wenn die Kaufkraft der industriellen Bevölkerung auf ein Mindestmaß gesunken sein wird, das ist eine Frage, die uns bisher noch nicht beantwortet wurde. Die Herren Agrarier werden erst zur Besinnung kommen, wenn die Katastrophe auch über sie hereinbrechen wird, wenn durch die Verelendung der Industriebevölkerung ein Teil der Bauern an den Rand des Bettelstabs gebracht sein wird. Dann aber wird es zu spät sein und keine Handelspolitik wird uns die verlorengegangenen Absatzgebiete zurückbringen.

weist in der letzten Zeit eine gewisse Besserung auf.

Auch in der Tschechoslowakei hat sich die Situation in letzter Zeit nur unbedeutend geändert, was hauptsächlich auf die

anhaltenden Absatzschwierigkeiten der Exportindustrie,

auf Zahlungsschwierigkeiten in einigen Staaten und schließlich auf die Schutzpolitik anderer ausländischer Absatzgebiete zurückzuführen ist. Trotz dieser Schwierigkeiten konnte im Außenhandel eine mäßige Besserung verzeichnet werden.

In der Entwicklung der Arbeitslosigkeit kommen hauptsächlich Saisonmotive zur Geltung, auch die Industriebeschäftigung entspricht den saisonmäßigen Voraussetzungen. Es gab hier keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem vorhergehenden Zeitabschnitt. Der Oktoberumsatz des Außenhandels hat sich gegenüber dem Vormonat einigermaßen gebessert, sowohl in der Ausfuhr als auch in der Einfuhr, zum Teile der Saisonbewegung entsprechend. Als günstigeres Moment wäre besonders die Erhöhung der Fertigausfuhr und der Rohstoffeinfuhr zu bezeichnen.

Der Kurs der tschechoslowakischen Krone wies auf den Märkten, welche den Goldstandard beibehalten haben, keine Schwankungen auf.

Abgebrochene Verhandlungen über den russisch-rumänischen Nichtangriffspakt.

Bukarest, 24. November. Die Verhandlungen zwischen Rumänien und Sowjetrußland betreffend den Abschluß eines Nichtangriffspaktes wurden, wie gestern der rumänische Außenminister Titulescu in der Kammer erklärte, abgebrochen. Rumänien will es nicht zulassen, daß bei den Verhandlungen die Frage der russisch-rumänischen Grenzen berührt werde.

Kommunistenkundgebung gegen Trotzki.

Kopenhagen, 24. November. Gestern abends versammelten sich vor dem Bahnhof etwa 10.000 Kommunisten, die bei der Ankunft des Zuges, mit dem Trotzki erwartet wurde, demonstrieren wollten. Trotzki ist dieser Demonstration ausgewichen, indem er zehn Meilen vor der Stadt den Zug verließ. Ein Automobil brachte ihn in eine Privatwohnung in Kopenhagen.

Erhöhte Aktivität Oesterreichs auf handelspolitischem Gebiet.

Wien, 24. November. Die während der letzten Wochen abgebrochenen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Rußland über die Wiederaufnahme des normalen Handelsverkehrs, dürften in der nächsten Zeit wieder aufgenommen werden. Der russische Handelsvertreter in Wien ist nach Moskau gereist, um neue Informationen einzuholen. Vorgezogen wird von russischer Seite ein Warentausch im Verhältnis 1:1 oder 1: 1/2 zugunsten Oesterreichs. Die Verhandlungen über die Vergabung der russischen Bestellungen sollen nach der Rückkehr des russischen Handelsvertreters aus Moskau aufgenommen werden.

Der Fall Bojar

und die Wirtschaft gewisser Bezirksparlamente.

Aus Pilsen wird uns geschrieben:

Dank gebührt den sozialdemokratischen Bezirksvertretern in Pilsen, daß sie die Millionendefraudation des Rates der politischen Behörde dort aufdecken, denn der Fall des JUC. Bojar ist kein Einzelfall der Korruption und der Diebstähle in den früheren Bezirksausschüssen und späteren Bezirksverwaltungscommissionen, da viele Diebe Steuer-, Umlagen- und Staats- oder Landesgelder unterschlagen haben und ihr Amt mißbrauchten, nur kamen die Fälle nicht vor das Schwurgericht, weil sie von den Bürgerlichen meist unterdrückt wurden. Der Beamte war in den alten Bezirksausschüssen in Oesterreich, also in Böhmen und Mähren, der Pascha des Bezirkes. Die Bürger der Kurien hatten blindes Vertrauen zu ihm, denn er besorgte ihnen die Subventionen für ihre Wiesen und Felder, taugte bei Unterhaltungen mit den Töchtern, wenn er nicht eine solche heiratete, um jeden Verdacht vor sich zu wälzen. Er allein verwalte die Bezirkskasse ohne Kontrolle, führte die Wahlen in den Gemeinden durch, nach welchen es auf Kosten der Gemeinden oder des Bezirkes hoch herging, kurz, er war eine Art Herrgott.

Nach dem Umsturz, als unsere Genossen in diese Körperchaften einzogen, änderte sich anfangs nicht viel, da sie zu wenig Erfahrungen hatten. Diese Paschaherrschaft wurde erst vollkommen dort beseitigt, wo unsere Genossen die Majorität bekamen und in den Finanzen Gegen Sperren einführen, also in Industriegebieten, wie Bodenbad, Teplitz oder Karlsbad. Ganz anders blieb es in den Böhmerwaldwinkeln. Die Macht will niemand gerne freiwillig abgeben und so kam es, daß die Diebereien weiter getrieben wurden.

Hat man schon vergessen, daß in diesen Wäldern große Kräfte über den Fall Adam Waig in H o s t a u geschrieen wurden, daß er über 400.000 Kronen keine Aufklärung geben konnte? Andere Genossen haben den Antrag gestellt, den Fall der Staatsanwaltschaft Pilsen anzugehen, aber die Landhändler haben diesen Beschluß niedergestimmt und heute erzählt der Mann eine Pension zur Pension als früherer Unterlehrer und bekommt noch eine große Nachzahlung durch den Anspruch der Landesvertretung in Prag.

Als unsere Genossen in der Bezirksverwaltungscommission Bischofteinitz den Antrag stellten, dem Bezirksparlament, seither verstorbenen Direktor Josef Sima, die Kassenschlüssel abzunehmen, welcher Antrag einstimmig angenommen wurde, haben Landesbehörden nur von wenigen Jahren einen Abgang von 92.000 K festgestellt. Hätten sie aber 20 oder 30 Jahre zurück die Revision durchgeführt, was sie mit Rücksicht auf die „Stäbe“ nicht täten, wäre eine andere Summe konstatiert worden.

Wenn Bojar mit der größten Gemütsruhe im Schwurgericht den seither erschossenen Freund Aug. Karafel, der mit ihm zusammen eine Industrie hatte, belästigt hat und über Defraudation von Bezirksparlamenten aus Staats im Betrage von etwa 700.000 K sagte, das wäre eine Zivillafache und habe mit der Straffache von über 1.280.000 K nichts zu tun, so war das nur möglich, weil der Bezirk sich um diese Diebstähle nicht kümmerte und die Richter alles ihm unterschrieben haben, daß nichts fehle. Und als Zeuge tritt noch der Adam Waig aus Hostau auf, dem der Bezirk Staats einen Steinbrecher abkaufte, von welchem Betrage Bojar das Geld auch gestohlen hat.

Seine Sentimentalität vor der Urteilsfällung zu acht Jahren schweren Arztes, Aberkennung des Wahlrechtes, Zahlungspflichtigkeit der Millionen diebstähle an den Staat und Hoffe, daß er um mildes Urteil bitte, da er Frau und Kind habe, hat der Staatsanwalt Cacal mit Worten aus dem Volke

richtig beantwortet, indem er sagte: „Die Sentimentalität hat jetzt keinen Wert, ich erwäge die Geschworenen, die Schuld Bojars einstimmig zu bejahen und zu beweisen, daß man nicht immer die kleinen Diebe straft, sondern auch die großen Diebe strafen muß.“ Der Beifall bei diesen Worten hat das Volksempfinden gezeigt. Bojar war ein Gewaltmensch und war Selbstwillig nach oben.

Diebstähle kamen in Bischofteinitz bei der Gemeinde schon vor 35 Jahren vor, in Weissenfuh bei der Gemeinde vor 30 Jahren, in Staab und Nirschan ebenfalls, beim Bezirk in Ronsperg vor einem Menschenalter, daher ist das Urteil im Falle Bojar ein notwendiges. J. M.

Gegen die Zollerhöhungen.

wie sie der Trapl-Plan vorschlägt, wendet sich gestern mit großer Entschiedenheit das „Pravo Lidu“. Das Blatt stellt fest, daß der Finanzminister in seinem Vorschlag an die Erhöhung von 180 Zollpositionen denkt. Begründet wird diese Zollerhöhung nur mit wenigen Worten:

Die neue Regelung der Zollsätze liegt in dem äußerst notwendigen Bedürfnis, die Staatseinnahmen zu erhöhen, begründet; gleichzeitig wird eine geeignete Grundlage für handelspolitische Verhandlungen geschaffen. Die voraussichtlich höheren Zolleinnahmen werden jährlich etwa 120 Millionen K betragen.

Mit Recht kritisiert das „Pravo Lidu“, daß eine so einschneidende Maßnahme so artfellig begründet wird. Dazu kommt allerdings noch, daß diese Begründung ganz falsch ist.

Wir brauchen, so meint das tschechische sozialdemokratische Organ, dringend eine Reform des Zolltarifs. Aber eine ganz andere, als die der Finanzminister vorschlägt. Wir haben nach der österreichischen Monarchie den Zolltarif von 1906 übernommen, haben aber nicht systematisch die Zölle der Entwertung der Währung angepaßt, sondern haben für die einzelnen Gruppen Zolldifferenzen geschaffen, die ganz verschieden sind. Für manche Waren beträgt dieser Zolldifferenz, mit dem der alte Friedenszoll multipliziert wird, zwei, für manche aber 30. Dadurch, daß wir keinen Zolltarif geschaffen haben, der unseren besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt ist, haben wir unserer Wirtschaft schweren Schaden zugefügt. Statt nun mit einem neuen Zolltarif zu kommen, bringt der Finanzminister uns systematisch Zollerhöhungen in Vorschlag, die keinen handelspolitischen Sinn haben, sondern einzig allein die Erhöhung der Staatseinnahmen bezwecken. Würde der Antrag des Finanzministers angenommen werden, so würde es zu einer Verteuerung einzelner Waren kommen, welche die Kaufkraft der Bevölkerung schwächen würde.

Das „Pravo Lidu“ stellt auch ausdrücklich fest, daß der Entwurf Trapls nicht ein Vorschlag der Regierung ist.

Die Leistungen einer Gewerkschaft.

Der Internationale Metallarbeiterverband in Komotau berichtet in der letzten Nummer seines Verbandsorgans ausführlich über die in den ersten neun Monaten dieses Jahres geleisteten Unterstützungen. Nach diesen Berichten hat der Internationale Metallarbeiterverband in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1931 19.201.117 Ks für die ordentliche Arbeitslosenunterstützung und 1.592.790 Ks für die Krisenunterstützung abgerechnet, was eine Gesamtleistung von 20.853.907 Ks ergibt.

Franz Heller:
Der k. u. k. Sanitätsdickus

„Also so einfach ist das nicht, vor allem müßte ich zwei Garnituren Schulbücher kaufen, eine für die Schule und eine für zu Hause zum strapazieren.“

„Reinetwegen, wenn es dir mit dem Studium ernst ist.“

Es ging dann in der Schule klaglos, nur gegen Ende des Schuljahres mußte Herr Meltsch wieder vor den Professor, diesmal aber hatte er sich gehörig Mut angetrunken und fiel über das Männlein, ohne es erst zu Worte kommen zu lassen, gleich her; er sei Steuerzahler und lasse sich eine derartige Behandlung nicht gefallen, wenn man ihm viel Schwierigkeiten machen sollte würde er aufhören seine Steuern zu zahlen und dann könnten die Herren Professoren schauen, wo sie ihren Gehalt bekämen, das wäre so etwas erst das viele Geld für die Bücher auslegen und dann den Sohn zu der Schustersrei geben, die Herren Professoren seien auch nicht Schuster geworden und überhaupt durch das Studium würden die Kinder nur verdummt und für das praktische Leben verdorben, kein Meister stehe um einen studierten Lehrbuben. Endlich gelang es dem Professor, den erregten Vater zu beruhigen, indem er versicherte der Schüler Meltsch entspreche in den Lehrbüchern so halbwegs, nur baldige und dauerhafte Werke, trotz keiner Jugend, schon dem verderblichen und verheerenden Gemütsalkoholischer Getränke, was jedoch erst den Schülern der obersten zwei Klassen und auch diesen nur außerhalb des Reiches der Stadt, gestattet werden könne. Versöhnt bedauerte Herr Meltsch, auch in der Hinsicht jede Schuld von sich weisen zu müssen: „Von mir lernt es der Junge

nicht, ich trinke nichts und zu Hause schon gar nichts, wenn ich Durst habe, gehe ich ins Wirtshaus, ich habe es ganz nahe und zu Hause schmeckt mir das Bier nicht, da trinke ich höchstens noch der Sperrstunde einen Wein oder einen Bitteren, wenn das Bier nicht gut war, aber da schlafen die Kinder schon.“ In Anbetracht dieses Vaters erschienen den Professoren Emils Sünden eher verzeihlich und, da sie auch von seinen Besuchen genug hatten, blieb Emil unbehellig und rüschte, wenn auch gemäß seinem Umfange etwas erschwert, aber schließlich doch glücklich durch die Matura. Stolz sah jetzt Herr Meltsch mit seinem Sohne, dem angehenden Juristen und Advokaten und zukünftigen Stadtrat, am Stammtische, bis ihm eines Tages der Reid seiner Mitmenschen die Lanze verdorben hatte. Wenn dein Sohn Jurist wird, kannst du Geschäfte machen mit wem du willst, mit uns nicht, was würdest du uns für Gaunereien im Geschäfte liefern, wenn du den Advokaten umsonst hättest, dann könntest du leicht einen Prozeß riskieren, soll dein Sohn Geistlicher werden, dann kann er wenigstens für deine Sünden beten und mit seiner Figur kann er es rasch zum Prälaten bringen, auch ein schöner Beruf.“

„Emil, mein Sohn, mach mich nicht unglücklich, ruiniere deinen Vater nicht, da hast du Geld, kauf dir eine goldene Brille und einen silbernen Stok und werde Medizindoktor.“

Diese Lösung war dem Stammtisch sehr unpopulär, man freute sich einen Arzt zu bekommen, der selbst gern eins hinter die Binde schüttete, der gewiß niemandem das Bier verbieten wird. Und bald hieß es, Emil sei schon heute gescheiter als die alten Kerze man nannte ihn nicht mehr Dickus, sondern den jungen Herrn Doktor und begann ihn ehrfurchtsvoll zu konsultieren, ob man in dem gegebenen Falle einen Kognak oder lieber einen Bitteren trinken sollte.

„Paul traf immer das Richtige. Erst einen Kognak und wenn es noch dem nächsten Biere

nicht besser sein sollte, dann noch einen Bitteren.“ Man prophezeite ihm eine große Zukunft: „Lieber johlen wir etwas mehr, aber das Bier lassen wir uns nicht verbieten.“ Eine Zeitlang konnte sich Emil in Ruhm und Ehren, dann begann sich Herr Meltsch zu beklagen, daß der Junge vor dem Mittag nicht aus dem Bette zu dringen sei, er wisse nicht, ob er das ewige Studium werde durchhalten können. Man tröstete ihn, Emil hätte keine Veranlassung die Soche zu übertreiben, das Studium sei lauter Theorie, die für die Praxis nicht lange, erst sollten die Herren Professoren ihre Wissenschaft vervollkommen, dann könnten sie den jungen Leuten etwas weismachen, früher nicht. Aber ab und zu, meinte man, sollte sich Emil auf der Universität zeigen, um die Fortschritte der Wissenschaft zu verfolgen und um nicht in Vergessenheit zu geraten. Das sah Emil ein und meldete sich zum Praktikum in der Geburtsstätte an.

Hinreichend vorgebildet um zu wissen, daß aus der geburtsständlichen Laufur nur schwer Anhang zu erreichen war, stillte er seinen Durst auf einige Tage voraus und steckte fürsorglich zwei Flaschen Kognak in die Brusttasche ein, welches Getränk doch auf dem weiten Wege zwecks Reparierung des verstimmen Mogens herhalten mußte. Mit den Vertlichkeiten nicht vertraut, gelangte er in das Kabinett für Kandidaten. Die Hebamme schlug die Hände zusammen: „Um Gotteswill, so etwas haben wir noch nicht da gehabt, ein schwächerer Mann. In welchem Monat sind Sie?“

Nachdem Emil sein Anliegen vorgebracht hatte, wurde er in ein kleines Zimmer geführt, wo er den Herrn Professor erwarten sollte. Es war ein bürgerliches Wohnzimmer mit zwei Betten, wo die Studenten die Verhältnisse, wie sie sie in ihrem Berufe antreffen würden, kennenlernen sollten. Das Bett des Hebmans war mit Windeln und einem Korb zur Aufnahme des Kindes belegt, in dem anderen Bett jammerte

eine Frau und hat Emil um Erlösung aus ihren Nöten. „Das wird sich schwer machen lassen die Frau, warten Sie lieber, bis der Professor kommt, der trifft es auch ganz gut, ich bin momentan selbst ein bißchen krank, wenn Sie nichts dagegen haben, werde ich das andere Bett beziehen.“

Emil war bereits in tiefen Schlummer versunken, als die Hebamme herbeigeeilt kam, um die Ankunft des Professors und seines Stabes zu melden. Zur Rettung der Situation warf sie über Emils Gesicht und Leib eine Decke.

„Das ist gut, meine Herren, das müssen Sie üben, die sogenannte Unterfuchung unter der Decke, früher wurde sie allgemein verlangt und in Ländern, wo die Frauen besonders krank sind, wie zum Beispiel in England, wird sie auch heute noch vielfach geübt, der Finger, das tastende Auge, muß mich über den Stand der Geburt vollkommen orientieren.“

Die Hebamme machte sich aus dem Saal, der Professor fuhr mit der Hand unter Emils Decke und zwei Seelen schrien erschreckt auf — Emil und der Professor. Während aber Emil, als abgestorbene Natur, im nächsten Moment wieder friedlich in Schlummer versiel, konnte sich der Professor lange nicht beruhigen und ließ schließlich den absonderlichen Patienten entkleiden und auf dem Hofe unter die Pumpe legen. Emil erhob sich rasch, aber der Zwischenfall verleidete ihm das Studium ganz und gar, er schlief wieder bis Mittag und beschränkte seine Spaziergänge auf keine Vorstadt, wo seine Autorität gestärkt genug war, um auch über dieses Kapitel unbedadet hinwegzukommen.

Es erregte begreifliches Aufsehen, als Emil eines schönen Frühlingstags gegen neun Uhr auf der Gasse erschien. „Herr Doktor haben schon ausgeschlafen?“

„Da kann man nichts machen, Asfentierung.“

(Fortsetzung folgt.)

Tagesneuigkeiten

Razi-Methoden in Wien

Wien, 23. November. In der gestrigen Sitzung des Wiedener Bezirksrates stützte sich der nationalsozialistische Bezirksrat Vogel auf den sozialdemokratischen Bezirksrat Dr. Singer und verleiht ihm einen Sitz. Der Vorsitzende schloß hierauf Vogel aus der Sitzung aus, dieser blieb jedoch sitzen. Der nationalsozialistische Bezirksrat Professor Murauer erklärte hierauf, die Nationalsozialisten würden nicht früher den Saal verlassen, bis sie alle kurz und klein geschlagen haben. Der Bezirksvorsteher forderte hierauf die Polizei auf, einzuschreiten. Erst auf die Intervention des Polizeibeamten verließen die Nationalsozialisten den Saal.

Eine unheimliche Selbstoperation.

Mendota (Illinois), 24. November. Archie Smith schnitt sich mit einem Taschenmesser seinen linken Arm ab, der ihm von einem Doktor überfahren wurde. Darauf lief er etwa eine Meile weit um Hilfe, telephonierte seiner Frau und ging dann erst ins Krankenhaus, wo die Ärzte erklärten, daß er sich durch diesen improvisierten chirurgischen Eingriff das Leben rettete.

Serieneinbrüche in Karpathorufland

Uzhorod, 24. November. Rassenkader, die bereits seit längerer Zeit in Uzhorod und Umgebung ihr Unwesen treiben, unternahmen heute noch den Versuch, zu gleicher Zeit an zwei verschiedenen Orten feuerfeste Kassen aufzubrechen. Den ersten Versuch unternahm die Einbrecherin in der Munkadeoer Eparchialkasse, die dem griechisch-katholischen Eparchat in Mukacevo angehört und in der Mukadeoer Burg untergebracht ist. Die Einbrecherin schritt die Kasse auf, wo sie verschiedene Schmuckstücke im Werte von etwa 1000 K. vorfand. Diese Schmuckstücke entwendeten die Einbrecher nicht, sondern verteilten sie über den Fußboden, um sich dann zwei einbruchsfähigeren Kassen zuzuwenden, in denen 15.000 K. in bar und Einlagebücher im Gesamtwerte von etwa 280.000 K. aufbewahrt lagen. Der Versuch, diese beiden Kassen aufzubrechen, mißlang. Eine zweite Räuberbande, die in das Hauptpostamt hinter dem Uzhoroder Bahnhof einbrach, hatte ebenfalls kein Glück. Hier schnitten die Räuber eine Eisenkassette auf, in der sie jedoch nichts vorfanden. Eine zweite eiserne Handkassette trugen sie aus dem Gebäude und erschossen sie etwa 1000 Schritt hinter dem Bahnhofsgelände. In dieser befanden sich bloß 54 K. Auch einige von den Räubern mitgenommene kleine Pakete waren fast wertlos.

Die Typhus-Epidemie in Sofia

hat einen beängstigenden Anfang angenommen. Die Zahl der Erkrankten beträgt trotz allen Gegenmaßnahmen bereits über 1000. Alle Krankenhäuser sind überfüllt. Da viele Typhuskranken nicht sofort angemeldet und isoliert werden, verbreitet sich die Seuche immer mehr. Im Bahnhofsviertel ist kaum noch ein Haus ohne Kranke. Ueber die Zahl der Todesfälle wurden bisher keine Angaben gemacht. Die Sterblichkeit soll, wie von ärztlicher Seite berichtet wird, 10 bis 15 Prozent betragen. Die Panik unter der Bevölkerung ist ungeheuer.

Die Frage des Chauvinismus, die nationalsozialistisches Denken so sehr charakterisierende Frage des Ligisten Schmelk in der Sitzung der Proger Stadivertretung am Mittwoch, jene Frage, die nach nationalsozialistischer Auffassung wohl das Wesentlichste des Zusammenlebens der Nationen in der Tschechoslowakei berührt, lautete: „Werden die Deutschen mit der Waffe in der Hand die Republik verteidigen?“ — Nicht über die Logik dieser Frage soll jetzt gesprochen werden, über die Logik dieser Frage im Munde derselben Nationalisten, die ein wenig früher angerufen hatten: „Hier kommt es nur darauf an, wie wir über die Sprachenfrage denken. Wie die Deutschen darüber denken, interessiert uns nicht!“ und: „Wir werden auch Deutsche hier hinauswerfen!“ — Logik braucht nicht die starke Seite des Nationalismus sein. Ihr Fehlen ist für ihn ebenso charakteristisch wie die Frage nach der Bereitschaft, „mit der Waffe in der Hand“ (Flugzeug, Tank, Giftgas, Granaten) den Staat zu verteidigen. Warum fragt er nicht, ob die Deutschen bereit sind, gemeinsam mit den Tschechen den Staat auszubauen und auszugestalten, etwa im Sinne jener fast vergangenen Berühmung der Washingtoner Deklaration „Wir glauben an immer mehr und mehr Freiheit!“ Weil er nicht den Ausbaun will, nicht die Ausgestaltung will, nicht den sozialen Fortschritt, nicht den Sieg des Rechtes, weil er will, daß der Staat Herrschaftsstaat der einen über die anderen sei, — weil er nur kriegerisch denken kann. Aber freilich ist anzunehmen, daß es jenes kriegerische Denken ist, das heute andere mit der „Waffe in der Hand“ sieht und sich selber die angenehme Aufgabe zuteilt, darüber zu wachen, daß die anderen die „Waffe in der Hand“ haben.

Frau Bobbins Geständnis.

Am Montag hat die der Kindesmishandlung beschuldigte Frau Bobbin aus Berlin N., die ihre sechsjährige vorhehlische Tochter von der Grenzstraßenbrücke warf und vom Juge überfahren lassen wollte, um sich in den Genuß einer Versicherungsprämie zu legen, das Geständnis ihres grausigen Verbrechens wiederholt und ergänzt. Nach diesem Bericht wollte Frau Bobbin die kleine Rosemarie am Abend des 11. November zunächst im Landwehrkanal ertränken. Sie behauptet, daß sie an der Diergartenbrücke bis zu den Knien im Wasser gesunken und das Kind vor sich hergeschoben habe. Es seien jedoch Leute hinzugelommen, so daß sie die Beobachtung der Tat fürchtete. Zum zweiten Mal wollte Frau Bobbin das Kind am Wustla-Meer, zum dritten Mal am Zeltowkanal ins Wasser stoßen. Auch diese Versuche mißlang. An der Grenzstraßenbrücke erzählt nun Frau Bobbin, „kam es über mich. Dort lagte ich den Entschluß, ich hob Rosemarie in die Höhe und forderte sie auf, sich mit den Händen am Geländer anzuklammern. Dann packte ich das Kind an den Fußsohlen und warf es hinunter auf die Gleise. Ich hörte noch den dumpfen Aufprall.“

Der Verdacht gegen die Frau des Postkassensers Bobbin wurde zuerst durch die erschreckende Angst, die das Kind vor seiner Mutter empfand, wocherufen. Noch als Rosemarie nach der Einlieferung ins Krankenhaus halb bewußlos war und ihm die Blase entleert werden mußte, wobei die Bettwäsche ein wenig beschmutzt wurde, jammerte das Kind im halben Delirium: „Mutter, ich kann doch nichts dafür, ich kann doch nichts dafür.“ Der Verdacht verstärkte sich dann durch die eifrigen Bemühungen der Frau Bobbin, das Kind unter allen Umständen aus dem Krankenhaus und aus der Beobachtungssphäre der Ärzte und der Polizei herauszubekommen.

Der seit einem halben Jahr arbeitslose Postkassensers Bobbin scheint von der Tat nichts gemerkt zu haben; er ist am Montag abend aus der

Haft entlassen worden. Als Bobbin seine Frau, eine geborene Professa, heiratete, hatte er bis dahin auch weder gemerkt, daß sie vordem ihr Geld durch Prostitution verdient hatte, noch war ihm bekannt gewesen, daß sie die Mutter eines zweijährigen Kindes war. Die kleine Rosemarie Professa war zur Zeit der Eheschließung der Mutter in einem Waisenhaus untergebracht. Als das Kind ins Haus der Mutter kam, begann sein Leidensoog.

Der Ertelbote, sagen die Hausbewohner übereinstimmend aus, daß das Kind stets gut und liebend behandelt. Die Mutter schlug jedoch die kleine Rosemarie oft dertari, daß man wochenlang die Spuren ihrer Rohheiten sah. Wenn die Mutter aus Andeutungen erfuhr, daß Rosemarie den Hausbewohnern etwas erzählt hatte, wiederholte sie die Züchtigungen, so daß das Kind schließlich vollkommen eingeschüchtert wurde und nichts mehr von den unerfreulichen Vorgängen berichtet. Die Polizei, die von verschiedenen Seiten auf die Mishandlungen aufmerksam gemacht wurde, verstand Frau Bobbin ebenfalls schlaun zu täuschen wie ihren eigenen Ehemann, der die Behauptungen der Hausbewohner für Klatsch, ihre Anzeigen für grundlos hielt. Bobbin glaubte auch seiner Frau, daß ihre täglichen Vornmittagsausgänge, zu denen sie Rosemarie stets mitnahm, der Arbeitsuche diene. In Wahrheit zog Frau Bobbin stets dem Kinde in einem Hausflur die Kleider aus und alte zerrissene Socken an, um auf diese Weise den mißliebendenden Eindruck zu erwecken, wenn sie — mit Rosemarie von Haus zu Haus zog und auf den Höfen sang. Das Geld, das dem sonderbaren Paar zugeworfen wurde, setzte Frau Bobbin stets in der nächsten Kneipe in Bier und Schnaps um.

Selbstverständlich wird die kleine Rosemarie, deren Genesung langsam fortschreitet, nicht wieder ins Elternhaus zurückgebracht werden. Die Stadt Berlin wird vermutlich ihre Erziehung übernehmen.

Unterrichtsminister und Studentennot.

Der Vizepräsident der deutschen Studentenheimgesellschaft Dozent Prof. Dr. Alois Koch und der Obmann des akademischen Wirtschaftskörpers „Verein Deutsche Studentenfürsorge“, Dozent Prof. Dr. A. Ullmer, sprachen beim Unterrichtsminister Dr. Dörner vor. Sie verwiesen auf die fortschreitende Notlage unter den unermittelten Studenten, welche bei einer etwaigen Kürzung der staatlichen Stipendienplätze und Studienunterstützung eine katastrophale Verschärfung erleiden würde. Ebenso würde eine verbotene Auszahlung der bewilligten Unterstützungsgelder das Hilfswort jähler beeinträchtigen. Minister Dr. Dörner, der sich durch sein bekanntes gerechtes soziales Empfinden und seine großzügige Einklinknahme um die zeitgemäße Reorganisation der Fürsorgeabteilung im Schulministerium besonders und dauernde Verdienste erworben hat, zeigte für die Lage der Hochschulstudenten großes Verständnis und sicherte im Rahmen der Möglichkeit rasche und umfangreiche staatliche Schritte zur Beseitigung der Studentennot zu. (Vom Verein „Studentenfürsorge“.)

Eine Zeitungsbeschlagnahme. Die gesamte Auflage der tschechendeutschen Tageszeitung „Abwehr“ in Warasdorf ist am Mittwoch beschlagnahmt worden, weil in ihr Anzeigen zugunsten einer „Deutschen Wode“ in Jitsou und zugunsten einer Veranstaltung der Mädchen-ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland in Jitsou enthalten sind. Die Behörden behaupten, daß der VdM. als staats- und tschechenfeindlicher Verein gelte und daher derartige Anzeigen nicht aufgenommen werden dürften. Oberbürgermeister Käst-Dresden, der Vorsitzende des VdM. in Zschonitz, hat sofort bei Reichsfiskus Schritte gegen die Unterdrückung der Zeitung unternommen.

Beschmelzung sozialdemokratischer Freidenkerorganisationen. Am 20. November fand in Prag eine Tagung mehrerer tschechischer sozialdemokratischer Freidenkerverbände statt, welche zur Bildung der „Antoni sozialistischer Freidenker“, mit dem Ziele in Prag führte. Die tschechische sozialdemokratische Partei hatte zu dieser Tagung den Präsidenten des Zentrals, Genossen Dr. Sankup, entsendet, der Bund prolet. Freidenker war durch den Genossen Lebnhart vertreten. In einer der dort gefassten Resolutionen wird die Einführung des Lebenslandunterstützes für die kausionslosen Kinder verlangt.

Scharie Munition wird verschont! In dieser in anderer Blatte vom 19. November veröffentlichten Notiz schreibt uns der Vorstand der politischen Abteilung der Präsidialleitung des Ministeriums für nationale Verteidigung Jelinek: In Ihrem Blatte vom 19. November l. J. haben Sie eine Nachricht „Scharie Munition wird verschont!“ gebracht, in welcher dem Ministerium für nationale Verteidigung vorgeworfen wird, daß es in der Zeit des allgemeinen Sparsens dem Verbands der tschechoslowakischen Offiziere umsonst 1200 Stück scharie Infanteriepatronen geschickt hat. Ich erlaube mir Ihnen bekanntzugeben, daß der Erfolg bezüglich der Schenkung der Patronen den Sie zitieren, aus dem Jahre 1930 stammt. Damals widmete das Ministerium für nationale Verteidigung ausnahmsweise der Detachment Madna des Verbandes der tschechoslowakischen Offiziere 1200 Patronen, weil diese Detachment Instruktionskurse für Reserveoffiziere veranstaltet hatte, in deren Rahmen auch ein Lebewettbewerb im Schießen der Reserveoffiziere stattfand. Für dieses Preischießen wurden die erwähnten Patronen gewid-

met. Sie fanden somit ausschließlich bei der Ausbildung der Reserveoffiziere Verwendung. Das Ministerium für nationale Verteidigung hatte sich auch die Kontrolle vorbehalten, daß die Patronen nur von Reserveoffizieren bei dieser Gelegenheit verbraucht werden.

Die Verfehlungen des Herrn Seiffert. Die Staatsanwaltschaft I hat jetzt das wegen des Zusammenbruchs der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A. G. eingeleitete Ermittlungsverfahren abgeschlossen und gegen den ehemaligen Direktor dieser Bank, Wily Seiffert, Anklage wegen Bilanzverfälschung und handelsrechtlicher Untreue erhoben. Dem Angeklagten wird zur Zeit obliegt, seit 1924 fortgesetzt in seinen Darstellungen und Uebersichten über den Vermögensstand der Bank und in den in der Generalkonferenz gehaltenen Vorträgen den Stand der Verhältnisse der Gesellschaft wissenschaftlich wahr dargestellt und veranschaulicht sowie absichtlich zum Nachteil der Bank gehandelt zu haben.

Gastwirt schießt sich eine Kugel in den Mund. In Zellsch bei Zaag hat sich, wie uns berichtet wird, der 33jährige Gastwirt Anton Cahnner eine Revolverkugel in den Mund gesetzt. Das Projektil blieb im Kopfe Cahnners stecken. Der Lebensmüde wurde in bewußtlosem Zustande ins Zaager Krankenhaus gebracht und dort operiert. Durch die Schußverletzung ist eine halbseitige Körperlähmung eingetreten. Der Zustand Cahnners ist ernst.

Weil sie nichts mehr von ihm wissen wollte. Auf der Bahnstrecke Komotau—Zaag wollte sich der 22jährige Messerschmied Rupert Fleischhacker aus Begreidenstein von einem Juge überfahren lassen; er konnte vom Jugepersonal nur mit Mühe zurückgehalten und in Verwahrung genommen werden, da er sich vollkommen verpöbelte gebärdete und seine Abfahrt durchaus ausführen wollte. Die Polizei nahm sich des jungen Mannes an, der bei dem mit ihm angelegten Verhör schließlich angab, er habe sich deswegen das Leben nehmen wollen, weil seine Geliebte, die in Zaag wohnt, ihm den Laufpaß gegeben und erklärt hätte, sie wolle von ihm nichts mehr wissen. Man tröstete den unglücklichen Liebhaber mit dem Hinweis, daß andere Mütter auch ganz schöne Töchter haben und daß er bei seiner Jugend wegen eines Korbes noch keine Ursache habe, das seltene Leben hinzuworfen, laute ihm eine Haftkarte gegen Komotau und entließ ihn, nachdem er vorher versprochen hatte, vernünftig zu sein.

Ueberfall auf einen Nachtwächter. Mittwoch abends wurde in der Gemeinde Prdajovice (Gerichtsbezirk Hluboká) ein Mordversuch verübt. Johann Koudenc, zuständig nach Olomou im Böhmerwald, Nachtwächter, wurde, als er den Nachtdienst antrat, von einem Unbekannten im Dunkel angegriffen und in den Bauch getroffen. Der Angreifer konnte im Schuge der Dunkelheit flüchten. Der schwerverletzte Koudenc wurde in das B. Bukweller Krankenhaus geschafft. Zu dem Zustand erst ist, war eine Einnahme nicht möglich. Die Gendarmerie hat eine Untersuchung an Ort und Stelle eingeleitet.

Die Fenster des Ehegatten. Das Savonarotti-Darmstadt verurteilte die Ehefrau Jöst aus Nieder-Liebersbach, die im Beisein ihres Schwagers ihren Ehemann erhängt hat, wegen Totschlags zu acht Jahren Zuchthaus. Die Sachverständigen räumten ein, daß die Angeklagte die Tat „in angepanntem Affektzustand bei verminderter Zurückhaltung“ begangen habe. Die beiden der Mithilflichkeit angeklagten Arbeiter wurden freigesprochen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag: Prag: 6.15 Gymnastik, 11.00 Schallplatten, 18.30 Deutsche Sendung: Edwin Janeschek: Musikalische Zeitschichte, 19.35 Kabarett, 21.00 Musiklust. — Brünn: 18.25 Deutsche Sendung: Dostawski: 19.05 Wildjägerlieder, 21.30 Orchesterkonzert. — Preßburg: 16.10 Orchesterkonzert, 17.15 Nationaltheater, 20.35 Operettenabend. — Berlin: 19.25 Schumann. — München: 16.15 Wien und wieder russischer Komponisten, 17.00 Stunde des Chorgesanges. — Königsberg: 19.00 Liebermann. — Nürnberg: 20.00 Sinter Abend. — Wien: 18.15 Musiklust, 19.35 Arbeiter-Sinfoniekonzert, 21.00 Konzert.

Neuer deutscher Großsender. Der Münchener Großsender auf Welle 563 k/Hz (333 m) hat seinen regelmäßigen Probebetrieb mit gutem Erfolg aufgenommen. Die endgültige, offizielle Eröffnung des neuen, vorerst mit einer Energie von 75 Kilowatt arbeitenden Senders dürfte in etwa 14 Tagen erfolgen.

Mißglücktes Eisenbahn-Attentat. Aus München wird gemeldet: Zwei Arbeiter fanden Dienstag nachmittag an der Bahnstrecke nach Bamberg vier Pakete mit Sprengstoff von einem Kilogramm Inhalt. Das eine Paket lag unmittelbar an den Schienen. Ob der Schienenräumer ein Lokomotiv die Pakete bei Seite geschleudert hat, sieht noch nicht fest. Der Bahndamm wurde abgeperrt.

Sich selbst gerichtet. Der Doppelmörder Cram, der vor ungefähr vierzehn Tagen in Dortmund-Ellinghausen in einem kleinen Bauernhaus die 32 Jahre alte Angestellte Thiene und die 39jährige Frau des Föderationsministers Schmidt durch Revolverkugeln getötet und aus der Wohnung etwa 300 Mark geraubt hatte, wurde Donnerstag vormittags in Castro-Raugetot aus der Welt geborgen.

In der Stadt der weitausend Millionäre schlafen Menschen in Kottenslern. In fast humorvoller Weise schildern die bürgerlichen Blätter, daß am letzten Sonntag die Polizei durch einen kleinen Brand inmitten der Stadt Prag einem Schlupfwinkel für Obdachlose auf die Spur kam. Auf dem Grundstück zwischen dem Kaffee „Elektra“ und dem Deutschen Theater befindet sich ein Kanal, in dem sich nach dem Polizeibericht an die 15 Personen — die Presse des Bürgerturns spricht von „Kottenslern Elementen“ — seit etwa einem halben Jahre häuslich eingerichtet hatten. Das heißt, die armen Teufel, die von der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen, ohne Hobe und Weibe dastehen, trugen wie Tiere Lumpen und Stroh zusammen, um sich bei Nacht vor Sturm und Regen einigermassen zu schützen, hier in Schmutz und Urrot niederlegen zu können. Mit ihnen hausten, wiederum nach dem offiziellen Bericht, Karten ohne Zahl in dem gleichen Netz. Durch die Unvorsichtigkeit eines der Unglücklichen konnte die Polizei die Menschen aus ihrer bisherigen Wohnstätte vertreiben. Den Karten aber wird man kaum verbieten können, in dem Kanal weiter zu wohnen, nur den 15 oder 16 Menschen nahm man ihr bisheriges Quartier, ohne ihnen ein anderes besseres anzuweisen. Sie werden den Karten nachspüren und sicher wieder ein dem vorhergehenden Unterirdium ähnliches Nachtschlaf ausfindig machen. Dierweil 2000 Millionäre und ein Milliardär in seidenen Betten liegen! Dierweil man in der ganzen Welt von dem Wanz und Ueberflut des goldenen Prag spricht!

Die Todesbahn. In der Nähe von Cova Sana (siebenbürgische Karpathen) ereignete sich ein schweres und besonders seltsames Unglück, bei dem drei Personen ums Leben kamen und zwei lebensgefährlich verletzt wurden. Fünf Ausflügler hatten in einer Drahtseilbahn, die samt nur zum Holztransport dient, eine Fahrt auf einen Karpatengipfel unternommen. Als sich das Fahrzeug in erheblicher Höhe befand, erlitt der Mechaniker, der vom Maschinenhaus aus die Zirkulation leitete, einen Schwächeanfall und fiel auf den Regulator. Infolge dieses unglücklichen Zwischenfalles setzte das furchterlose Fahrzeug mit erhöhter Geschwindigkeit seine Bergfahrt fort, während oben eine mit Holz beladene Lore in Bewegung geriet und talwärts sauste. In etwa 1400 Meter Höhe stießen die beiden Fahrzeuge zusammen. Drei Personen, unter ihnen zwei Frauen, wurden auf der Stelle getötet und fünf mit den Trümmern in die Tiefe. Ein Teil des Fahrzeuges blieb am Seil hängen, sauste talwärts und ging unten in Stücke. Die beiden Insassen des Fahrzeuggrupps, die beim ersten Anprall vermutlich nur leicht verwundet worden waren, erlitten hierbei so schwere Verletzungen, daß gleichfalls ihr Tod befürchtet werden muß.

Brieftelegramme können von nun an auch als Telegramme mit einigen Adressen aufgegeben werden. Auf Veranlassung aus Handelskreisen hat sich das Ministerium für Postwesen entschlossen, daß die bezahlte Dienstbezeichnung — Wk — (Telegramm mit einigen Adressen) nun auch bei Brieftelegrammen im Inlandsverkehr gestattet ist. Es ist also möglich, Brieftelegramme zu einem ermäßigten Satz für einige Adressaten in demselben Ort aufzugeben und zwar so, daß diese Telegramme zusammenhängend in einem Telegramm mit einigen Adressen aufgegeben werden können. Nähere Informationen erteilt jedes Postamt.

PRAGER ZEITUNG.

Die Budgetdebatte der Prager Zentralverwaltung.

Das Budget nach einer zwanzig Stunden langen Sitzung um 6 Uhr still genehmigt.

Die Spezialdebatte über das nächstjährige Budget der Stadt Prag dauerte infolge unzulänglicher, langer Obstruktionsreden der Oppositionsparteien, insbesondere der Ligisten, bis heute sechs Uhr früh.

Zur Spezialdebatte sprachen u. a. der Deutschdemokrat Hornig über die Schulden der Stadt Prag und der deutsche Christlich-sozial Prof. Schneider für die Zusammenarbeit der Stadt mit den Caritasorganisationen. Ueber die Rede des Genossen Dr. Schwelb zum Schluß der Beamten der Elementarversicherung Phönix berichten wir an anderer Stelle.

Das Budget wurde jedoch mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen. Am Abend und in der Nacht kam es zu Kravallen zwischen Ligisten und Kommunisten. Unser Vertreter hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Durch dieses Verhalten bringt die deutsche sozialdemokratische Partei zum Ausdruck, daß sie nicht für das Budget stimmen kann, denn das hieße, die ganze Tätigkeit der gesamten Stadtverwaltung billigen. Die deutsche Sozialdemokratie stimmt aber auch nicht gegen das Budget, weil sie zu den an der Verwaltung der Stadt beteiligten Funktionären der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft das Vertrauen hat, daß sie auch im bevorstehenden Rechnungsjahre im Interesse der arbeitenden Schichten der Stadt und im Sinne nationaler Gerechtigkeit wirken werden.

Die deutsche Sozialdemokratie für die in ihrer Existenz bedrohten Beamten der „Phönix“-Versicherungsgesellschaft.

Prag, 24. November 1932. In der Spezialdebatte zum Budget der Stadt Prag, welche in der Nacht von gestern auf heute abgehalten wurde, vertrat der Vertreter unserer Partei, Genosse Dr. Schwelb zum Kapitel III (Städtische Unterneh-

lungen und Anstalten) darauf, daß Zeitungsmeldungen infolge der Allgemeinen Bränner Versicherungsanstalt die Elementaragenda der Versicherungsanstalt „Phönix“ übernehmen wird. In der allgemeinen Bränner Versicherungsanstalt ist nun die Prager städtische Versicherungsanstalt beteiligt. — Durch diese Transition besteht die Gefahr, daß die Rechte der Angestellten der Versicherungsanstalt „Phönix“ bedroht werden könnten, insbesondere die Rechte der sogenannten pragmatischen Beamten, d. i. der Beamten, welche nach dem als Dienstprogramm bezeichneten Kollektivvertrag eine solche Stellung haben, daß das Dienstverhältnis mit ihnen nur aus bestimmten, positiv aufgezählten Gründen aufgelöst werden darf, z. B. wenn sie sich einer strafbaren Handlung der Unreue schuldig machen u. dal.

Sozialistische Jugend, Prag, Gruppe I

Mittwoch, den 20. November, abends 8 Uhr im Heim (Prag II, Hüngertopf 4)

Hermann Löns-Abend.

Kommt alle! Bringt eure Bekanntschaft mit! Mitwirkende und Zuschauer! Der um viertel 8 Uhr geklärt sein!

Die „Roten Ratten“. Das war ein schöner Abend, ein lustiger und nachdenklicher, und ein erfreulicher, den uns die Dresdener „Roten Ratten“ boten. Der Feinsaal war gut besetzt. Angehörige aller deutschen proletarischen Organisationen, aber auch einige tschechische Genossen waren gekommen, um die Kunst einfacher Arbeiter kennen zu lernen. Denn die „Roten Ratten“ sind junge Arbeitslose, die sich zu einer fleißig arbeitenden, ebenso für die Kunst wie für den Sozialismus begeisterten Gemeinschaft zusammengeschlossen haben. Gemeinschaftsarbeit führt zu sehr beachtenswerten Gemeinschaftsleistungen. Ganz tritt der Einzelne zurück hinter der Gemeinschaft. Kein Schauspieler wird genannt, keine Schauspielerin, es gibt keine „Stars“, nur Genossinnen und Genossen, die als Dichter und Darsteller politischer Saiten ihrer Partei und ihrer Idee dienen wollen. Und doch war manche schauspielerische Leistung sehr bemerkenswert, das gewohnte Niveau dilettantischer Aufführungen weit überragend! Die „Roten Ratten“ gefielen in Prag so gut wie in unseren deutschböhmisches Organisationen, sie gefielen und sie zeigten wohl auch Wege, die proletarische Schauspiel auch hierzulande geben kann, um Freudenbringer und Kampfgefährte der Arbeiter zu sein. — Ernst

Kantonslisten bis zum 7. November 371 Jahre Justizhaus und 489 Jahre Gefängnis, gegen 171 Jüdischen aber 90 Jahre Justizhaus und 137 Jahre Gefängnis verhängt wurden. In der gleichen Zeit hat das Reichsgericht durch seinen verurteilten IV. Strafsenat gegen 52 Antifascisten 30 Jahre Justizhaus und 35 Jahre Gefängnis, gegen einen Jüdischen aber 200 Mark Geldstrafe verhängt. Das Berliner Sondergericht hat bisher gegen Antifascisten 302 Jahre Justizhaus und 672 Jahre Gefängnis, gegen Antifascisten vier Monate Gefängnis und 90 Mark Geldstrafe verhängt. Weiter beschäftigt sich der Redner in sehr klaren Ausführungen mit dem Klassencharakter des gegen-a-Rechts, das vor allem gegen die arbeitende Klasse arbeitet und den jüngsten Theorien der sogenannten Wissenschaftler, die zum theoretischen Schutz der Diktatur die These aufstellen, daß Recht eine Machtfrage ist. Sehr interessant und wirklich empörend waren die Schilderungen des Redners vom Prozeß gegen den Reichsbannermann Rothe, den Kommunisten Schmitz und den berühmten Königsbrunn-Prozeß, bei dem die tschechischen Plotsche der Werkstätten den ersten Freispruch der Sondergerichte erzielten. Der Redner hat dann noch an Hand vieler Tatsachen nachgewiesen, daß die Nazis systematisch mit falschen Zeugnisaussagen Verurteilungen von Proletariern erzwingen wollen.

Krise der amerikanischen Prohibition. Der Arbeiterstudentenbund, Ortsgruppe Prag, empfiehlt seinen Mitgliedern den heute, Freitag, um halb 8 Uhr abends im Sozialen Institut (Ministerium für soziale Fürsorge, Prag II) stattfindenden Vortrag des Direktors der internationalen Antifaschistischen Liga in Lausanne, R. Herod.

Kunst und Wissen

W. A. Mozarts „Requiem“, die schicksalvollste Totenmesse der Musikliteratur, gelangte vorgestern im III. Konzert des Radiojournals unter Bruno Walter zur Aufführung, und zwar in der sogenannten Fassung Schumayers, des Freundes und Schülers Mozarts, der die unvollendete Fülle der Totenmesse vom „Sanctus“ angefangen im Sinne und Geist seines Meisters fertigstellte. Bruno Walter, dem man erst vor kurzem eine beglückende Wiedergabe des Requims von Verdi dankte, ist auch für die Mozartsche Toten-

In die Waagschale fällt

daß die neue salmiakfreie Batterie

PALABA 444

von allen normalen Batterien die schwerste ist.

Sie enthält mehr aktive Stoffe, weshalb auch ihre Leuchtdauer viel größer ist.

PALABA

leuchtet am besten!

messe des Genossen Paul Ehrlich. Erscheint wöchentlich. — Der für heute festgesetzte Vortrag des Genossen Dr. E. Franzel mußte wegen Behinderung des Referenten abgesetzt werden.

S. J. I. Sonntag um halb 10 Uhr vormittags im Verein deutscher Arbeiter Probe für den Buntten Abend. — Montag um 7 Uhr Probe für den Löns-Abend.

Kaffee Hag allerfeinster Bohnenkaffee dabei völlig unschädlich

und heitere Szenen, hinst aneinandergereiht, zogen an uns vorüber, führten zu nachdenklich stimmenden und schließlich aufwühlendem und fortreißendem Ausklang. In dieser Stelle darf wohl gesagt werden, daß die Prager Genossen den „Roten Ratten“ ebenso herzlich und ebenso freudig danken wie unsere Genossen „Draußen“, die schon früher die lieben Gäste kennengelernt, und daß sie alle übereinstimmen mit jenen Worten, die zur Eröffnung und Begrüßung gesprochen wurden: daß zu hoffen ist, daß die „Roten Ratten“, die jetzt kämpfend der Sozialdemokratie Deutschlands dienen, bald kommen mögen als Abgesandte eines steigenden deutschen Proletariats!

Man ruf nach der Polizei. Am Kreuzungspunkte der Heinrichsstraße-Havlíčekplatz ist der Uebergang für Fußgänger wie für Fahrzeuge nun immer gefährlicher geworden. Kommt man vom Havlíčekplatz zur Heinrichsstraße, ist das Ueberqueren schwer, weil das Auto z. B. nicht erkennen lassen kann, ob es rechts oder links über den Platz einbiegen will, denn für den Chauffeur ist die Richtung geradeaus. Es ist nicht anders möglich. Weil es aber dem Schreiber einigemal begegnete, daß ihn, der wirkliche Großstädte gewohnt ist, und andere Fußgänger Autos beinahe niedergedrückt hätten, trotz aller Vorsicht und Schnelligkeit, so dürfte es an der Zeit sein, an jene kritische Stelle einen Wachmann zu postieren, der den Verkehr für Augenblicke perri, was Menschen wie Fahrzeugen das Passieren der gefährlichen Stelle gefahrlos ermöglichen würde.

Einbruch. In die Kanzlei der Genossenschaft der staatlichen und öffentlichen Angestellten in Prag-Pubenz, „U Spary“ Nr. 10, wurde in der Nacht auf heute ein Kasseneinbruch verübt. Die Einbrecher drangen vom Hof aus mittels einer Leiter in das Dachparterre und von dort in die Kassenträumlichkeiten. Sie entwendeten aus der Kasse einen Betrag von etwa 700 K. Einer der Einbrecher wurde auf der Flucht gefaßt.

Vor rüge und Veranstaltungen

Vortrag Ottwald. Der Autor des deutschen Aufstiegsromans „Die wissen was sie tun“ hat Mittwoch in Prag einen sachlich gut fundierten und sehr informativen Vortrag über die deutsche Justiz im allgemeinen und die Sondergerichte im besonderen gehalten. Seine Feststellung, daß seit Bestehen des Gesetzes zum Schutze der Republik 17.800 Proletarier zu Justizhaus und Gefängnis, Jüdischen aber nur zu Geldstrafen verurteilt wurden, ist ebenso empörend wie die Wahrheit über die bisher abgeführten Sondergerichtsprozesse, in denen gegen 1120

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag, 27. November: 8 Uhr, Endstation der Häuser-Elektrischen, Hauptbin. Führ: Kapuzinisch. — 4. Dezember: 9 Uhr, Endstation des Häuser-Elektrischen, Hauptbin. Führ: Prof. Dr. Ploš.

Die neugegründete Zinggemeinde hält Freitag den 2. Dezember, um 8 Uhr abends im Bezirksklub der deutschen Buchdrucker, Ve Smečkah 290, eine außerordentliche Generalversammlung ab.

Allgemeiner Angestellten-Verband, Prag II, Hlavenova nám. 4, Anst. Stunden Samstag 1-2. Offizielle Mitgliederversammlung im Laboroch zum Mittwoch, den 30. November, um 7 Uhr. „Die freie Gewerkschaft und ihre Gegner.“ Werbet für den Besuch unter allen deutschen Angestellten Prag.

NSDAP. Prag spielt Sonntag, den 27. d., 10 Uhr vormittags, am Plage S. Ochope VIII in Liebenau Palabinec, gegen die Firmenmannschaft O. Tauschig. Pünktliches Erscheinen der Spieler um halb 10 Uhr am Plage Pflicht.

KINO-PROGRAMM

vom 25. November bis 1. Dezember 1932.

Wran-Urania-Kino

„Yorck!“ — „Yorck!“

Der lang erwartete epische Großfilm Werner Krauß mit seiner Glanzleistung! Größtes deutsches Starsensemble! Rudolf Forster, Theodor Loos, Grete Mosheim usw. Spezialpreis! — Alleinst. Premiere für Groß-Prag!

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft

LIDOVÝ DŮM

(Gen. Wilhelm Opotný)

Tägliche Konzerte. PRAG II., Hybornská Nr. 7.